

Freisinnige «e-society»

Probelauf am virtuellen Stammtisch

rz. Bern, 10. Mai

Die FDP ist bestrebt, die grenzenlosen Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien für den politischen Diskurs fruchtbar zu machen. Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft Schweiz sei die digitale Mündigkeit ein Schlüsselbegriff, postuliert die Partei zu Beginn der laufenden Legislaturperiode. Die freisinnige Prioritätenliste umfasste den Ruf nach einer Offensive, die in Richtung «e-Schweiz» führen müsse.

Einbezug der Öffentlichkeit

Verschiedene Vorstösse sind inzwischen auf der eidgenössischen Politbühne deponiert worden. Nunmehr schickt sich die FDP an, den Worten Taten folgen zu lassen. Am Donnerstag präsentierte die Partei ihr Projekt «fdp-live.ch». Hierbei geht es, wie Generalsekretär Guido Schommer an einer Medienorientierung erklärte, um den Versuch, breite Kreise auf elektronischem Weg in die Programmarbeit einzubeziehen. Via Internet sollen die über 100 000 Parteimitglieder – aber nicht nur sie – am virtuellen Stammtisch an Positionspapieren feilen, den Parteioberen die Leviten lesen oder mit innovativen Ideen aufwarten können. Das freisinnige Internet-Forum soll das konventionelle Instrumentarium nicht ersetzen, sondern ergänzen, betonte Schommer. Das heisst, dass die verbindlichen politischen Weichenstellungen unverändert den gewählten Gremien obliegen. Aber «fdp-live.ch» erweitere den Kreis der Bürgerinnen und Bürgern, die an der freisinnigen Politik mitarbeiten wollen, und zwar unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität oder parteipolitischer Zugehörigkeit.

Für die Innovation, die in dieser Form hierzulande ein Novum darstellt, engagieren sich die freisinnige Fraktionschefin Christine Beerli und

Nationalrätin Maya Lalive d'Epinay an vorderster elektronischer Front. Es gehöre zum liberalen Selbstverständnis, gesellschaftliche Veränderungen aktiv und mit reformerischem Optimismus mitzugestalten, betonten die beiden FDP-Exponentinnen. Dass die Schaffung einer digitalen Plattform die Möglichkeit von Missbrauch und Schabernack in sich birgt, dürfe nicht heissen, das Pilotprojekt mit angezogener Bremse zu starten. Wichtig sei, dass das neue Feld für die politische Auseinandersetzung möglichst schrankenlos erprobt werde. Ob dereinst auf der Plattform geschlossene Sektionen für die eingeschriebenen Parteimitglieder geschaffen werden sollen, ist laut Lalive d'Epinay offen.

Testlauf mit Positionspapier

Das Projekt «fdp-live.ch» wird in deutscher Sprache am Freitag gestartet, die französische Version folgt am Montag. Als Testobjekt dient während des sechswöchigen Probelaufs ein Positionspapier zur Informationsgesellschaft. Alle Internet-Surfer sind laut Schommer eingeladen, ihre Meinungen, Anträge und Kommentare zum provisorischen Dokument anzubringen. Zudem soll die Vernehmlassungsantwort der FDP zur digitalen Signatur via elektronische Beteiligungsdemokratie justiert werden. Am 23. Juni plant die Parteileitung eine dezentrale Thementagung zur Informationsgesellschaft, die via Internet in Bern zentralisiert wird. Bei dieser Gelegenheit wollen die Projektverantwortlichen eine erste Bilanz ziehen. Das Ergebnis werde nicht primär quantitativ gemessen, weil dafür die Vergleichsmöglichkeiten fehlten, erklärte Guido Schommer. Massgebend werde vielmehr sein, ob das Pilotprojekt qualitativ überzeuge.

***Bund erneut auf Partnersuche
für digitale Unterschrift***

Bern, 10. Mai. (sda) Der Bund muss für seine E-Government-Projekte einen neuen Partner suchen, der sich der elektronischen Unterschrift annimmt. Dies, weil die zur Telekurs-Holding gehörende Swisskey AG als einzige Schweizer Anbieterin digitaler Zertifikate am Montag wegen mangelnder Rentabilität ihren Dienst eingestellt hat. Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation führe mit zwei, drei anderen Schweizer Firmen Gespräche, ob sie die öffentliche Ausgabe von digitalen Zertifikaten übernehmen könnten, sagte Jürg Römer, Delegierter für die Informatikstrategie des Bundes, am Donnerstag. Er rechne nicht damit, dass das Projekt der digitalen Verwaltungsdienstleistungen dadurch verzögert werde.

***Bund erneut auf Partnersuche
für digitale Unterschrift***

Bern, 10. Mai. (sda) Der Bund muss für seine E-Government-Projekte einen neuen Partner suchen, der sich der elektronischen Unterschrift annimmt. Dies, weil die zur Telekurs-Holding gehörende Swisskey AG als einzige Schweizer Anbieterin digitaler Zertifikate am Montag wegen mangelnder Rentabilität ihren Dienst eingestellt hat. Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation führe mit zwei, drei anderen Schweizer Firmen Gespräche, ob sie die öffentliche Ausgabe von digitalen Zertifikaten übernehmen könnten, sagte Jürg Römer, Delegierter für die Informatikstrategie des Bundes, am Donnerstag. Er rechne nicht damit, dass das Projekt der digitalen Verwaltungsdienstleistungen dadurch verzögert werde.